

Legitime Führungsposition

Historische Leistungen, Basisdemokratie und Volkskongresse garantieren die Rechtmäßigkeit der Regierung der KP Chinas

Von Roland Boer

Published as: 2021 'Legitime Führungsposition. Historische Leistungen, Basisdemokratie und Volkskongresse garantieren die Rechtmäßigkeit der Regierung der KP Chinas' *Junge Welt* 154: 4 (07.07.2021).

Ein konstituierendes Element des sozialistisch-demokratischen Systems Chinas ist die führende Stellung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Die Frage ist: Wie leitet die KPCh das Land und wie hält sie die Legitimität ihrer Stellung langfristig aufrecht? Diese beiden Aspekte – Führungsposition und Legitimität – sind eng miteinander verbunden, doch ich werde sie nacheinander behandeln. Zunächst eine Bitte an den Leser: Vor dem Lesen sollte man Annahmen, die aus der westlichen liberalen Tradition stammen, restlos beiseitelegen, und aufhören, »westliche Kategorien zu verwenden, um China zu verstehen« (yixi jiezhong). Oder, in den Worten von Deng Xiaoping, wir müssen »das Denken befreien«. In Bezug auf das Folgende müssen wir das Denken befreien, um die ganze Fülle der Beiträge der chinesischen marxistischen Wissenschaft zu verstehen, auf denen auch meine Beobachtungen beruhen.

Zunächst müssen wir uns sowohl von falschen Vorstellungen befreien wie derjenigen, die KPCh sei eine »autoritäre« Partei, die alle Entscheidungen trifft, oder dass China ein »Einparteienstaat« sei, in dem das einfache Volk keinerlei Meinungsfreiheit hätte. Nichts könnte von der Wahrheit weiter entfernt sein als diese Vorstellungen. In der Realität regiert die KPCh mittels indirekter Führung. Dieser Umstand hat theoretische und praktische Aspekte.

Theorie der indirekten Führung

Die historischen Wurzeln der indirekten Führung finden sich schon in den 1950er Jahren bei Zhou Enlai, der betonte, dass die KPCh alle ihre Entscheidungen vermittels der Strukturen der Regierung herstellen muss. Zu dieser Zeit waren diese Strukturen jedoch erst relativ rudimentär ausgebildet, so dass wir erst bei Deng Xiaoping ein klares Hervorheben der Trennung von KPCh und Regierung finden. Deng argumentierte, dass das Mittel für diese Trennung ein robustes Rechtssystem sei. Im Lichte bedeutender Debatte

verwendete er später dafür den Begriff der sozialistischen Rechtsstaatlichkeit (socialist rule of law).

Es stellte sich heraus, dass mehr als nur ein Rechtssystem gebraucht wurde, und daher finden wir bei Jiang Zemin eine ganze Bandbreite von Komponenten sozialistischer Regierungsführung ausgesprochen, darunter: Elemente der Wahldemokratie (mit dem Nationalen Volkskongress); der beratenden Demokratie (mit der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes), die auch basisdemokratische Elemente einschließt; Vertretung von nationalen Minderheiten; Menschenrechte; und – ganz entscheidend – sozialistische Rechtsstaatlichkeit. Wie würden diese Komponenten zusammen funktionieren? Es oblag Hu Jintao, diesen Prozess zu entwickeln: Es bedarf einer ganzen Reihe von »gesetzlichen Verfahren« (fading chengxu), damit der Wille der KPCh zum Gesetz des Landes wird und damit diese Gesetzlichkeit auch tatsächlich dem Volk gehört.

Schlussendlich spricht Xi Jinping von diesem Prozess als der Methode des demokratischen Zentralismus in Bezug auf die landesweite Regierung. Mit anderen Worten: Es gibt einen strukturellen Unterschied zwischen dem demokratischen Zentralismus als Methode der innerparteilichen Leitung und als Struktur für das Regieren des ganzen Landes. Bis Xi Jinping bestand die Tendenz, vom demokratischen Zentralismus in Bezug auf die Partei zu sprechen, aber Xi Jinping hat die »gesetzlichen Verfahren«, die nach rechtsstaatlichen Prinzipien funktionieren, klar als den Mechanismus ausgewiesen, mit dem der demokratische Zentralismus auch für die landesweite Regierungsführung funktioniert.

Basisdemokratie

Wir können uns nun der tatsächlichen Praxis dieser indirekten Führung zuwenden. Am besten ist es, einige konkrete Beispiele zu nennen, beginnend mit der »Basis« (jiceng) oder Basisdemokratie. Dieses Verfahren hat zwar eine lange Geschichte, die auf den Ansatz der »Massenlinie« (qunzhong luxian) zurückgeht, den man schon in den von der KPCh kontrollierten Gebieten vor der Befreiung des ganzen Landes 1949 findet, aber es hat in den letzten zwei Jahrzehnten einen neuen Aufschwung genommen. Unter den unzähligen Beispielen lokaler Basisdemokratie möchte ich das Beispiel von Dengzhou herausgreifen, einer kleinen Kreisstadt in der Provinz Henan, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt auf der Grundstoffindustrie liegt.

In Dengzhou sind die Themen, über die demokratisch beraten wird, sehr umfangreich und reichen von langfristigen Plänen für die ländliche

Bebauung über die Familienplanung bis hin zur ländlich-kooperativen medizinischen Versorgung. Bei diesen demokratischen Aktivitäten werden die Teilnehmer gemäß ihrem Ansehen in Sachen Ehrlichkeit, Fairness und politisches Bewusstsein gewählt. Es gilt eine Quote, die sicherstellt, dass auch Vertreter aus neuen Interessengruppen und neu aufkommenden gesellschaftlichen Organisationen kommen.

Dengzhou hat den sogenannten 4+2-Ansatz (»vier Treffen und zwei Veröffentlichungen«) entwickelt. Beim ersten Treffen führt die KPCh-Basisorganisation vor Ort eine breite Konsultation und detaillierte Untersuchungen durch, um vorläufige Vorschläge machen zu können. Beim zweiten Treffen werden die Vorschläge der KPCh-Basisorganisation von zwei Komitees des Dorfes diskutiert. Beim dritten Treffen versammeln sich alle Mitglieder der KPCh im Dorf, um die Meinungen der beiden Komitees des Dorfes zu diskutieren und weitere öffentliche Meinungen einzuholen. Beim vierten Treffen diskutiert die Versammlung der Vertreter der Dorfbewohner und stimmt über die Vorschläge ab.

Anschließend werden die Beschlüsse der Dorfbewohnerversammlung für mindestens sieben Tage veröffentlicht. Die zweite Veröffentlichung informiert die Dorfbewohner rechtzeitig über die Ergebnisse der Umsetzung der Entscheidungen.

An diesem Beispiel können wir nicht nur eine erhebliche Eigenverantwortung der Dorfbewohner für die getroffenen Entscheidungen erkennen, sondern auch, dass die indirekte Führung der KPCh schon auf der lokalen Ebene ansetzt. Die KPCh-Basisorganisation kann zwar auf der Grundlage breiter Konsultationen erste Vorschläge unterbreiten, aber diese müssen eine beträchtliche Anzahl von Schritten durchlaufen, bevor sie dem Dorfkomitee zur Entscheidung vorgelegt werden.

Während Dengzhous 4+2-Ansatz aus der spezifischen Praxis im lokalen Kontext heraus entstanden ist, gilt das Prinzip der indirekten Führung der KPCh im Allgemeinen durch gesetzliche Prozesse.

Die Volkskongresse

Ein zweites Beispiel betrifft die Volkskongresse. Sie sind ein wesentliches Merkmal der chinesischen Wahldemokratie und finden sich als eine Vorgabe bereits bei Mao Zedong. Es gibt solche Kongresse auf fünf Ebenen, von den Dörfern und Gemeinden bis hin zum landesweiten Nationalen Volkskongress, der jedes Jahr zusammentritt. Wahlen werden sehr regelmäßig abgehalten, dabei gelten strenge Kriterien für die Anzahl der

Kandidaten und den notwendigen Prozentsatz der Wähler, um faire und repräsentative Wahlen zu gewährleisten. Auf lokaler Ebene müssen mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben, damit eine Wahl gültig ist. Wahlberechtigt sind Bürger über 18 Jahre, ohne Einschränkung der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, des Berufs, der Bildung oder der Religion. Jeder Bürger kann als Kandidat antreten und – wenn er die Mehrheit der Stimmen erhält – gewählt werden. Kandidaten können von jeder der neun politischen Parteien, Massenorganisationen oder von den Wählern nominiert werden. Bei jeder Wahl muss die Zahl der Kandidaten größer sein als die Zahl der zu wählenden Delegierten.

Auf den lokalen Ebenen erfolgen die Wahlen der Volkskongresse direkt und auf den höheren Ebenen indirekt. Das bedeutet lediglich, dass die höheren Ebenen (in den Unterbezirken der Städte, auf Provinzebene und landesweit) ihre Delegierten aus den Volkskongressen einer niedrigeren Ebene wählen. Das führt dazu, dass in China jedes Jahr weitaus mehr Wahlen stattfinden als jede bürgerlich-kapitalistische Demokratie.

Und dennoch mögen die chinesischen Volkskongresse auf jemanden, der in einer bürgerlichen Demokratie mit ihren antagonistischen, auf Klassenkämpfen basierenden politischen Konflikten aufgewachsen ist, wie ein Stempel wirken, der dem Land aufgedrückt wird. Fast alle Resolutionen, die etwa dem Nationalen Volkskongress vorgelegt werden, werden auch angenommen. Warum ist das so? Hier müssen wir die andere wichtige Dimension des legislativen Prozesses des chinesischen politischen Systems berücksichtigen: die beratende Demokratie. Wir haben ihre Funktionsweise bereits im obigen Beispiel der Basisdemokratie gesehen, aber sie funktioniert auch auf den höheren Ebenen, insbesondere durch die politischen Konsultativkonferenzen des chinesischen Volkes, die es auf ebenfalls auf jeder Ebene gibt.

Hier sind alle Vorschläge und Resolutionen Gegenstand umfangreicher Prüfungsprozesse, robuster Debatten, in der alle Meinungen zur Sprache kommen, und der Konsens- und der Entscheidungsfindung. Das bedeutet also, dass es schon ein hohes Maß an demokratischer Beteiligung gibt, bevor ein Beschluss überhaupt zur Beratung in den Volkskongressen vorgelegt wird. In China wird diese Integration von Wahl- und beratender Demokratie im Rahmen nicht-antagonistischer gesellschaftlicher Widersprüchen gesehen, innerhalb derer viele repräsentative Gruppen – seien es Klassen, nationale oder religiöse Minderheiten, Massenorganisationen usw. – auf nicht-antagonistische Weise agieren.

Wie relevant ist das alles für die Führung der Kommunistischen Partei? Zieht sie hinter den Kulissen »die Fäden«? Ganz und gar nicht. In meinen Beispielen – Basisdemokratie und Volkskongresse – habe ich konkrete Beispiele für einen gesetzlichen Prozess geliefert, aus dem die Vorschläge der KPCh als Ergebnis sowohl umfangreicher offener Beratungen als auch intensiver Prüfungen hervorgehen, bevor sie als Gesetz des Landes eingeführt werden.

Rechtmäßigkeit

Jede Partei innerhalb eines bestimmten politischen Systems benötigt Legitimität, um fortwährend Einfluss nehmen zu können und die Zukunft zu gestalten. Die Legitimität einer Kommunistischen Partei, die innerhalb eines sozialistischen Systems die führende Stellung einnimmt, hat jedoch ihre eigenen Besonderheiten.

Chinesische marxistische Gelehrte unterscheiden zwischen Gründung und Regierung der Volksrepublik und damit zwischen historischer und praktischer Legitimität. Die historische Legitimität beruht auf dem revolutionären Kampf, der Befreiung 1949 und der Gründung des neuen Chinas. Diese durch die Schaffung eines unabhängigen Chinas entstandene Legitimität taucht in der Präambel der Verfassung auf, wird als Bestandteil des Bildungssystems gelehrt und wird durch den Slogan »Ohne die Kommunistische Partei Chinas gäbe es kein Neues China« ausgedrückt.

Nichtsdestotrotz kann sich eine kommunistische Partei durch ihre historischen Leistungen nur zeitlich begrenzt legitimieren. Die zweite Art der Legitimität wird daher als eine praktische angesehen, die heute noch fortdauernde Realität ist. Nicht nur sind die historische und die praktische Legitimität eng miteinander verbunden, es gibt auch einen Übergang von der einen zur anderen. Dieser Übergang wird durch die bereits erwähnte »Massenlinie« ermöglicht, die ursprünglich während den Landreformen in den vor 1949 befreiten Gebieten entwickelt wurde und in Mao Zedongs Slogan »von den Massen, zu den Massen« zum Ausdruck kommt – nicht als einmaliger, sondern als sich wiederholender Prozess, um politische Vorschläge und Richtlinien zu schärfen.

Ein paar Begriffe sind hier wichtig. Zunächst einmal besitzt der Begriff »Massen« (qunzhong) ein reichhaltiges semantisches Feld und bezeichnet die Arbeiter auf dem Land und in der Stadt, die das Fundament der Kommunistischen Partei bilden. Zugleich überschneidet sich der Begriff »Massen« erheblich mit dem Begriff »Volk« (renmin). In diesem Licht sind

Ausdrücke wie »die Partei führt das Volk« oder »das Volk als Zentrum nehmen« (yi renmin wei zhongxin) gleichbedeutend mit »die Partei führt die Massen« und »die Massen als Zentrum nehmen«. Ferner spielen »Massenorganisationen« eine Schlüsselrolle im politischen System Chinas. Sie sind nicht per se gesellschaftliche Organisationen, die im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft verstanden werden und in einem vermeintlichen Spannungsverhältnis zum Staat stehen. Stattdessen haben Massenorganisationen einen »Massencharakter« (qunzhongxing), mit tiefen politischen Wurzeln und einer langen eigenen Geschichte. Sie vertreten also öffentliche Anliegen, die nicht direkt mit den Strukturen des Regierens verbunden sind.

Wie wird durch die Massenlinie die praktische Legitimität der KPCh hergestellt? Wie der chinesische Wissenschaftler Ma Yide es ausdrückt, ist die Massenlinie »inklusiv, da die Meinungen der breiten mobilisierten Massen angehört werden; sie wird von der Vernunft geleitet, da die Ansichten der Massen studiert und zu den Ansichten des zentralen Systems werden; durch die Reflexion erreicht sie Ausgewogenheit, da die Meinungen ständig durch die Handlungen der Massen geprüft werden; und sie verbindet Konsultation und Entscheidungsfindung, da die Ansichten der Massen in die Tat umgesetzt werden.«¹

Offensichtlich verläuft die Massenlinie analog zu den bereits erwähnten gesetzlichen Verfahren, durch die der Wille der Partei zu den Gesetzen des Landes wird. In der Tat waren es die früheren Erfahrungen mit der Massenlinie, die die Grundlage für die vielen Dimensionen der beratenden Demokratie – eine Komponente des gesamten sozialistisch-demokratischen Systems – im heutigen China bilden. In erster Linie sind die Mechanismen der beratenden Demokratie in den Politischen Konsultativkonferenzen des chinesischen Volkes institutionalisiert. Aber die Massenlinie beschränkt sich nicht darauf, denn die Massenorganisationen bestehen auch weiterhin und machen einen wesentlichen Teil der Führung der KPCh aus.

Die Massenlinie ist also auch heute noch ein Schlüsselmoment zur Legitimierung der KPCh. Sie ist die Grundlage für die gesamte Struktur der beratenden Demokratie, von der Basis bis zur landesweiten Ebene – und sie ermöglicht den Übergang von der historischen zur praktischen Legitimität. Es sollte nicht überraschen, dass laut internationalen Umfragen die von der KPCh geleitete Regierung mehr als 80 Prozent Unterstützung und Vertrauen seitens der Bevölkerung genießt.

Fazit

Lassen Sie mich abschließend noch einmal Ma Yide zitieren, der einen sehr nützlichen Überblick über die zusammenhängenden Fragen von rechtmäßiger und führender Stellung der KPCh gibt:

»Erstens ist die Führung der Partei eine politische Führung, und die Rechtmäßigkeit der Ansichten der Partei bestehen in einer Kombination aus historischer und praktischer Legitimität, die auf der Zusammenarbeit mehrerer Parteien und politischer Beratung beruht. Zweitens werden die Ansichten der Partei, die eine solide Legitimität besitzen, durch Volkskongresse in den Willen des Staates umgewandelt, und der konkrete Ausdruck des Willens des Staates ist die demokratische Gesetzgebung. Während dieses Prozesses überprüft und untermauert das Volk die Ansichten der Partei durch das System der Volkskongresse. Drittens bildet die demokratische Gesetzgebung als rechtliches Verfahren zur Umsetzung des Willens der Partei die Grundlage für das Regieren des Landes nach dem Gesetz und ist die Regierungsgrundlage für die direkte Verbindung zwischen dem modernen Staat und den Bürgern. Viertens sollte die Führung der Partei sich durch Konsultationen zwischen der Partei und den Volksmassen mit der Zeit weiterentwickeln und so in die logische Kette der direkten Staatsführung münden. Letztere besteht aus der Legitimierung der Ansichten der Partei und ihrer Umwandlung in den Willen des Staates und von da aus in die Rechtsstaatlichkeit, um damit die Staatsführung und die gesellschaftliche Entwicklung erfolgreich zu koordinieren.«

Anmerkungen

¹ Ma Yide: The role of consultative democracy under the constitutional framework and the associated rule of law. In: *Social Sciences in China* 38 (2), 2017, S. 21–38

Roland Boer ist australischer Philosophie-Professor und arbeitet an der School of Marxism an der Dalian University of Technology in China. Er ist Mitglied der Kommunistischen Partei Australiens. Im Juni 2020 ist sein neues Buch [»Socialism with Chinese Characteristics«](#) im Wissenschaftsverlag [Springer](#) erschienen.